

BUND • Am Köllnischen Park 1 • 10179 Berlin

Deutscher Städtetag
Präsidentin Dr. Eva Lohse
Hausvogteiplatz 1
10117 Berlin

Richard Mergner
Verkehrspolitischer Sprecher
richard.mergner@bund-
naturschutz.de

29.05.2017

Offener Brief an den Deutschen Städtetag zu Belastungen durch gesundheitsschädliches Stickstoffdioxid

Sehr geehrte Frau Dr. Eva Lohse,

die schadstoffbelastete Luft in deutschen Städten schädigt die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner erheblich. Unter anderem überschreiten die Werte für Stickstoffdioxid in allen größeren deutschen Städten die seit 2010 verbindlich einzuhaltenden Höchstgrenzen. Laut Umweltbundesamt haben im vergangenen Jahr rund 57 Prozent der verkehrsnahen Messstationen in Städten den Grenzwert für Stickstoffdioxid überschritten. In München und Stuttgart waren die Werte zuletzt doppelt so hoch wie erlaubt.

Als Hauptverursacher dieser Überschreitungen hat das Umweltbundesamt den mit Dieselmotoren betriebenen Straßenverkehr, und allen voran die Diesel-Pkw, klar benannt. Dies hat schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen. Stickoxide und weitere Verkehrsemissionen fördern Atemwegserkrankungen wie Asthma. Pro Jahr sterben allein in Deutschland etwa 10.600 Menschen vorzeitig aufgrund der Belastung mit Stickoxiden.

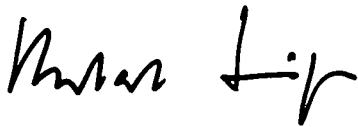
Wir begrüßen daher, dass der Deutsche Städtetag die Notwendigkeit der Fortschreibung der Umweltzonenregelung erkannt hat und die Notwendigkeit der Einführung einer Blauen Plakette sieht.

Schon viel zu lange lassen die Bundesregierung und in erster Linie Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt die Städte mit dem Problem der Stickstoffdioxid-Grenzwertüberschreitung allein. Trotz der seit vielen Jahren stark erhöhten Werte aus Euro-5-Diesel-Pkw, bei denen die Einführung der Blauen Umweltplakette Abhilfe schaffen kann, blieb das Bundesverkehrsministerium bislang untätig. Auch bei den Problemen mit aktuell zum Verkauf stehenden Diesel-Neufahrzeugen der Abgasnorm Euro-6 erhalten die Städte und ihre Bewohnerinnen und Bewohner bislang keine Unterstützung der Bundesregierung.

Nach Berechnungen des BUND, die auf den offiziellen Untersuchungen des Bundesverkehrsministeriums beruhen, werden aktuell täglich rund 3500 fabrikneue Diesel-Pkw verkauft, die ihre gesetzlichen Vorgaben zur Stickoxidemission nur auf dem Prüfstand im Labor einhalten. Im Realbetrieb auf der Straße, also dort, wo es für die Städte und Kommunen entscheidend ist, liegen die Werte aber rund sechsmal so hoch. Diese grenzwertüberschreitenden Fahrzeuge werden die Luft in den Städten noch über viele Jahre hinweg belasten. Kommunen werden dadurch gezwungen, weitreichende und kostspielige Maßnahmen zur Reduktion der Stickoxide zu treffen. Nach Auffassung des BUND hat es für die Städte weitreichende Folgen, wenn es keinen sofortigen Verkaufsstopp solcher hoch emittierenden Fahrzeuge gibt.

Daher bitten wir Sie, Verkehrsminister Alexander Dobrindt aufzufordern, außer der Einführung einer Blauen Plakette auch einen Verkaufsstopp für Dieselfahrzeuge durchzusetzen, wenn diese ihre gesetzlichen Vorgaben zur Abgasminderung nicht auf der Straße im Realbetrieb einhalten. Und verzichten Sie bitte zudem auf den Kauf oder das Leasing von Diesel-Pkw für die städtischen Fuhrparks, solange die Stickoxidgrenzwerte für Euro-6 nicht auch im Realbetrieb eingehalten werden. Dadurch ist es möglich, ohne zusätzliche finanzielle Belastungen der Städte die Bürgerinnen und Bürger von gesundheitsschädlichen Stickoxiden zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hubert Weiger
Vorsitzender des BUND



Richard Mergner
Verkehrspolitischer Sprecher des BUND